

Bürgerenergie statt Konzernstrategie: Bayerische Wasserkraft wieder in Öffentliche Hand

Petition an den Bayerischen Landtag

Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert,

- unverzüglich in Verhandlungen mit dem Bund über einen An- bzw. Rückkauf sämtlicher Wasserkraftwerke in Bayern, welche sich derzeit im Besitz des UNIPER-Konzerns befinden, einzutreten,
- dabei dafür zu sorgen, dass Eigentum, Besitz, Erträge und Verfügungsgewalt über die betroffenen Kraftwerke, die dazugehörigen Infrastrukturen und Immobilien vollständig in die öffentliche Hand überführt werden,
- dabei in engem Einvernehmen mit den von den Kraftwerken betroffenen Kommunen vorzugehen und sie an den Entscheidungen zu beteiligen,
- verschiedene Varianten einer Überführung in öffentliche Unternehmensformen, gegebenenfalls unter Beteiligung der interessierten Kommunen und kommunaler Unternehmen, zu entwickeln und umzusetzen.

Unsere bayerische Wasserkraft darf nicht Spielball privater Investoren und internationaler Konzerne bleiben bzw. wieder werden. Die Übernahme des Konzerns UNIPER durch den Bund gibt uns jetzt die historische Chance, die Fehler einer gescheiterten Privatisierungspolitik zu korrigieren. Das Haben und Sagen über die Verwendung des Wassers, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Verteilung und Verwendung der Wertschöpfung muss wieder in öffentliches Eigentum überführt und damit in die Hände der Bürger und Bürgerinnen gelegt werden. Energieversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge.

Begründung:

Die aktuellen Genehmigungen für den Betrieb zahlreicher Wasserkraftwerke, wie beispielsweise im Bereich des Walchensees, laufen am Ende dieses Jahrzehnts aus. Teilweise ist ein direkter Heimfall, also eine erzwingbare Übereignung an den Staat, nicht mehr vorgesehen.

Seit Jahren wird über die naturschutzrechtlichen und wasserrechtlichen Rahmenbedingungen, die in Zukunft gelten sollen, diskutiert. Sachgerechte, auf die Dauer praktikable, demokratisch legitimierte und bei Bedarf korrigierbare Regelungen werden im Einvernehmen mit einem allein am maximalen Gewinn orientierten Konzern kaum zu erreichen sein. Auch der Klimawandel und immer stärker schwankende Wassermengen machen Regelungen erforderlich, die im Interesse der jeweiligen Regionen und der Bevölkerung bei Bedarf den jeweiligen Entwicklungen angepasst werden können.

Die Erfahrungen mit der Privatisierung des Bayernwerks haben in den letzten dreißig Jahren gezeigt, dass ständig wechselnde Eigentümer, Konzernstrukturen und Unternehmensführungen nicht zu befriedigenden Lösungen geführt haben, auch und gerade in den betroffenen Regionen und Kommunen. Weder wurden halbwegs konstante Gewerbesteuern abgeführt, noch Arbeitsplätze gesichert. Viele früher sichere Beschäftigungsverhältnisse gingen zulasten der Qualität der Leistungen durch Fremdvergabe verloren, Investitionen wurden zeitweise verzögert, Immobilien veräußert und die Zahlung von Steuern, insbesondere an die betroffenen Kommunen, durch konzerninterne Verrechnung (legal) vermieden.

Wegen des Zusammenbruchs des Geschäftsmodells im Bereich Gashandel konnte der UNIPER-Konzern nur noch durch den Eingriff des Bundes und auf Kosten der deutschen Steuerzahlenden vor der Insolvenz und einer willkürlichen Zerschlagung gerettet werden. Die hohen Erträge aus der Wasserkraft verschwinden in den milliardenschweren Verlusten aus dem Gasgeschäft. Der Vorstand des Unternehmens, dem dafür jede politische Legitimation fehlt, kämpft vor diesem Hintergrund lautstark dafür, die ertragreiche Wasserkraft im Konzern halten zu können.

